

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 3

Artikel: Anmerkungen zu 100 Jahren Parteigeschichte : Wissen, wozu die Macht dient
Autor: Huber, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340593>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SP Schweiz hat am rechten Rand wegen der Ausländerpolitik Bestandesprobleme, wird am linken Rand von Öko-Fundamentalisten bedrängt und

muss im traditionellen Bereich gewerkschaftliche Schwächen überwinden helfen. Unter diesen Gegebenheiten ist die sozial-grüne Linie konse-

quent und effizient, aber klug und dosiert zu vertreten. Erfolg ist machbar. Verlorenes kann zurückgeholt werden.

Anmerkungen zu 100 Jahren Parteigeschichte

Wissen, wozu die Macht dient

Von Paul Huber, Regierungsrat, Luzern

Wenn unser Parteipräsident Helmut Hubacher festhält, die politischen Rahmenbedingungen für die Sozialdemokratische Partei der Schweiz seien objektiv ungünstig, so ist dies nicht gerade eine Aussage, die geeignet ist, uns von den Sitzen zu reissen. Man könnte sich denn auch durchaus vorstellen, dass wir unseren Geburtstag in einem etwas fiteren Zustand begehen könnten, in einer Phase grösseren Optimismus! Als Referent zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Geschichte einer 100 Jahre alt werdenden Partei kommt man leicht in den Verdacht, zu jenen zu gehören, welche die Erfolge vergangener Jahrzehnte feiern möchten, um ja nicht an die weniger erfreuliche Gegenwart erinnert zu werden. Das ist nicht meine Absicht.

Als Historiker bin ich der Überzeugung, dass es immer ein lohnendes Unterfangen ist, gerade in kritischen Zeiten die eigene Geschichte zu studieren, zurückliegende Erfolge und Misserfolge in einem grösseren Zusammenhang zu sehen, Parallelen zu ziehen und individuell und kollektiv daraus zu lernen und Hoffnung zu schöpfen. Ich könnte mir beispielsweise vorstellen, dass unsere Vorfahren im Jahre 1938 auch nicht gerade in jener Stimmung waren, mit der man gerne einen Geburtstag feiern möchte. Ein Jahr nach der 50-Jahr-Feier un-

serer Partei beispielsweise erlitt die Sozialdemokratische Partei ebenfalls eine ihrer empfindlichsten Niederlagen. Hatte die Zahl der Nationalräte im Jahre 1935 noch 50 betragen, verringerte sich die Vertretung der SP-Delegation im Parlament bei den eidgenössischen Wahlen von 1939 auf 45 Sitze, um im Kriegsjahr 1943 auf die Rekordzahl von 56 anzusteigen. Ähnlich markante Verluste waren in der 60er Jahren zu verzeichnen. In jenen Jahren sank die Vertretung der SP im Nationalrat von 53 im Jahre 1963 auf 50, vier Jahre später und gar auf 46 im Jahre 1971, um wieder Jahre später, im Jahre 1975, auf 55 emporzuschnellen. Solche Zahlenspielerereien sind gewiss ein billiger Trost, aber auch ein Hinweis, dass ein Rückblick in die Geschichte uns vor allzu grossem Katzenjammer bewahren könnte. Wer nichts mehr zu verlieren hat, feiert meist die unbeschwertesten, schönsten und solidarischsten Feste. Ich möchte Euch schon zu Beginn meiner Ausführungen sagen: Lassen wir uns an unserem hundertsten Geburtstag nicht davon abhalten, auch zu feiern.

Gefeiert wurde auch, als im Jahre 1888 die Sozialdemokratische Partei der Schweiz gegründet wurde. Nicht aus Anlass der Gründung zwar; von feiernden Arbeitern sprach man nämlich zu der Zeit, wenn

einer der zahlreichen Streiks stattfand, von Feiern sprach man auch, wenn die organisierten Arbeiter trotz Verbots der Arbeitgeber am 1. Mai nicht zu Hause blieben und an dem von den Gewerkschaften ausgerufenen Arbeiterfeiertag teilnahmen.

Kein revolutionäres Programm

Im Jahre 1888, im Gründungsjahr der SPS also, vereinigte der Schweizerische Gewerkschaftsbund 3350 organisierte Arbeiter. Dieser Dachverband von meist sehr kleinen und nur lokal organisierten Gewerkschaften hatte in seinem Organ, der «Arbeiterstimme», im Jahre 1881 die folgenden Forderungen aufgelistet: Verminderung der Arbeitsstunden, höhere Löhne, Durchführung von Fabrik- und Werkstätteninspektionen, Verbot der Kinderarbeit, Errichtung von statistischen Arbeiterbüros, Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen, gleiche Bezahlung eines Quantums Arbeit, ob von Männern oder Frauen geliefert, die endliche Abschaffung des Lohnsystems. Parallel zu den nationalen Zusammenschlüssen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung war auch die Gründung einer politischen Arbeiterpartei immer aktueller geworden. Bisher waren die Arbeitnehmer politisch in erster Linie der de-

mokratischen Bewegung nahe-
gestanden, die die Interessen
der starken kleinbürgerlichen
und bäuerlichen Mittelschich-
ten der Schweiz verfocht.

Erfolgreich war jedoch erst der
dritte Anlauf zur Gründung
einer Sozialdemokratischen
Partei. Der Grund zu diesem
Beschluss lag – und ich zitiere
da aus einem Aufruf, welcher
vom Parteikomitee der Sozial-
demokratischen Partei der
Schweiz an alle sozialistisch ge-
sinnnten Schweizer gerichtet
wurde – «hauptsächlich in der
Überzeugung, dass es an der
Zeit sei, die sozialdemokrati-
sche Bewegung in unserem Va-
terlande aus den Kreisen der
Arbeitervereine hinaus auf den
Boden des allgemeinen politi-
schen Volkslebens zu führen
und ihr da eine feste greifbare
Organisation zu geben». Den
Interessenten wurde in diesem
Aufruf deutlich gemacht, dass
es der SP um mehr gehe, als nur
um eine Besserstellung der
Lohnarbeiter. Man habe nicht
nur das Wohl eines Volksteils
im Auge. «Nein, unsere Partei
hat ein weit höheres Ziel; sie
will ein politisch und ökonomi-
sch in allen Gliedern freies
und glückliches Volk, ja, eine
freie und glückliche Mensch-
heit schaffen.» Die Sozialde-
mokratie müsse auf die Beteili-
gung weitester Volkskreise in
ihrem Kampfe gegen das eng-
herzige und bornierte Kapitali-
stentum rechnen. Es gelte, auch
die Gedrückten und die Ein-
sichtigen und Wohlmeinenden
des Beamten-, des Handels-,
des Gewerbe-, des Bauernstan-
des herbeizuziehen und ihnen
einen Boden zu bieten, auf dem
sie sich ihren Bedürfnissen und
Lebensgewohnheiten entspre-
chend an den Bestrebungen der
Sozialdemokratie tätig betei-
ligen könnten. Wenn mir die Be-
merkung gestattet ist: nicht ge-
rade revolutionäre Töne!

Das Klassenkampfprogramm

Dies sollte sich allerdings in
den drei Jahrzehnten, welche
der Gründung der Sozialdemo-
kratischen Partei folgten, nach-
haltig verändern. Der Gewerk-
schaftsbund erhöhte die Zahl
seiner Mitglieder bis 1920 auf
mehr als 200 000 Mitglieder; im
ersten Jahrzehnt unseres Jahr-
hunderts gab es Jahre, in denen
bis zu 200 Streiks, zwischen
1910 und 1920 Jahre, in denen
gegen 300 Streiks durchgeführt
wurden. Immer deutlich zutage
tretende soziale und politische
Ungerechtigkeiten, welche
durch die Kriegssituation noch
entscheidend verschärft wur-
den, führten zu einer faktischen
und ideologischen Radikalisie-
rung der Arbeiterbewegung,
insbesondere ihres politischen
Flügels, der Sozialdemokrati-
schen Partei. Im Parteipro-
gramm des Jahres 1904, wel-
ches von Obrichter und Na-
tionalrat Otto Lang verfasst
worden war, tönt es denn auch
entschieden anders als noch 20
Jahre zuvor. Lasst mich ein
paar kurze Auszüge aus jenem
als Klassenkampfprogramm in
die Geschichte eingegangenen
Dokument zitieren:

Unter dem Titel «Krisen und
Arbeitslosigkeit» ist etwa zu le-
sen: «Jeder einzelne Kapitalist
steht unter dem von der Kon-
kurrenz diktierten Zwangsge-
bot, stets auf die Verbilligung
seines Produktes und die Er-
weiterung seines Absatzes be-
dacht zu sein und seinen Kon-
kurrenten zu schlagen, um
nicht von ihm geschlagen zu
werden. Da aber diese fieber-
hafte wirtschaftliche Tätigkeit
die Erzielung von Profit zum
Zwecke hat, ohne Rücksicht
auf den gesellschaftlichen Be-
darf, so führt sie mit Notwen-
digkeit zur Überproduktion
und zu periodischen Krisen,
die das ganze Volk erschüttern,
am schwersten aber mit der
furchtbaren Geißel der Ar-

beitslosigkeit die Arbeiter-
schaft schädigen.» Und nach-
dem in Kapitel 5 der Kapitalis-
mus als ein Hindernis jeglichen
wahren Fortschrittes gebrand-
markt wurde und in Kapitel 6
nachgewiesen wurde, dass die
einzige Abhilfe im Sozialismus
liege, wurde im 9. Kapitel unter
dem Titel «Verstaatlichung
und politischer Kampf» jene
These noch einmal aufgenom-
men, welche bereits in der Ein-
leitung des Programms aufge-
stellt wurde, dass die Lösung
der Probleme darin liege, die
Produktionsmittel aus dem Pri-
vatbesitz in den Besitz der Ge-
sellschaft überzuführen und
die kapitalistische Wirtschafts-
ordnung durch eine Gemein-
wirtschaft auf demokratischer
Grundlage zu ersetzen.

In jene Phase der Radikalisie-
rung passt denn auch gut die
sogenannte Generalstreiktheo-
rie. Der Streik, bisher vor allem
von den Gewerkschaften einge-
setzt als Mittel, die Arbeitsbe-
dingungen zu verbessern, sollte
ein Instrument des politischen
Kampfes werden, in dem auf
dem Weg über die Lähmung
des ökonomischen Systems
auch dessen politischer Über-
bau, die bürgerlichen Parteien
und das von diesen beherrschte
Parlament, aus dem Weg ge-
räumt werden sollten.

Der Generalstreik und die Folgen

Obwohl diese Theorie sehr um-
stritten war und besonders von
den Gewerkschaften aufs ent-
schiedenste bekämpft wurde,
führten Not und Elend des Er-
sten Weltkrieges doch dazu,
dass unter der Führung der So-
zialdemokratischen Partei und
des Gewerkschaftsbundes, un-
ter der Leitung des sogenann-
ten Oltener Komitees, ein lan-
desweiter unbefristeter Streik
durchgeführt wurde. Ohne
Zweifel waren die Führer des
Streiks von den erst ein Jahr zu-

rückliegenden Ereignissen in Russland und den parallel dazu laufenden revolutionären Umwälzungen in Deutschland beeinflusst. Das Ziel der Streikbewegung war für die Mehrheit des Oltener Aktionskomitees zwar nie die Revolution. Immerhin müssen die vom Komitee aufgestellten Generalstreikforderungen den bürgerlichen Politikern recht revolutionär in den Ohren geklungen haben. Anders liesse sich das unverhältnismässige Truppenaufgebot, welches sicher nicht der Befriedung, sondern eher der Provokation der Arbeiterschaft diente, kaum erklären.

Verlangt wurde u.a. die sofortige Neuwahl des Nationalrates auf der Grundlage des Proporz. Diese alte Forderung zielte darauf ab, die völlige Untervertretung der Sozialdemokraten im eidgenössischen Parlament zu beheben, ein politisches Ziel, welches durch verschiedene Proporzabstimmungen auf kantonaler und nationaler Ebene vorher nicht erreicht werden konnte. Diese nachträglich erfüllte Generalstreikforderung hatte den Effekt, dass die Sozialdemokraten anlässlich der vorzeitig angesetzten Neuwahlen im Jahre 1919 ihre Sitzzahl im Nationalrat von 22 auf 41 Sitze erhöhen konnten. Weitere Forderungen waren das aktive und passive Frauenwahlrecht, die Einführung der 48-Stunden-Woche, die Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres (wer das Buch von Niklaus Meienberg über General Wille gelesen hat, dürfte wahrscheinlich den Gehalt dieser Forderung noch etwas besser begreifen) sowie eine Alters- und Invalidenversicherung und die Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden.

Erfüllt wurde neben der Neuwahl des Nationalrates im Proporzverfahren auch die Forderung nach der 48-Stunden-Wo-

che. Im übrigen markiert der insgesamt enttäuschend verlaufene Generalstreik den Anfang vom Ende der klassenkämpferischen Phase der schweizerischen Arbeiterbewegung. Man ist versucht zu sagen, von nun an ging's bergab. Ganz bestimmt sagten dies jene Sozialdemokraten, welche ihre ganze Hoffnung in das Ziel eines revolutionären Umsturzes dieses Staates gesetzt hatten. Sie waren einer Fehleinschätzung zum Opfer gefallen. Einer, der sich zu diesem Zeitpunkt besonders enttäuscht gab, war der als Radikaler eingestufte nachmalige Bundesrat Ernst Nobs. «Es ist zum Heulen!» schrieb er im Zürcher «Volksrecht» und weiter: «Das Oltener Aktionskomitee war immer stark in grossen tönenden Worten, in bombastischen Drohungen. Es war ein Meister der theatralischen Regie. Aber es war nichts dahinter. Es blieb Mache, berechnet auf optische Täuschung. Ein Windhauch blies die gemalte Szenerie zusammen.» Und etwas weiter in diesem Text: «Die Schlacht stand ausgezeichnet, da klappte die Führung zusammen und lieferte eine heroische Truppe dem Feinde aus – bedingungslos!»

Die «heroische Truppe» wird zum politischen Faktor

War nun die schweizerische Arbeiterschaft jene heroische Truppe, welche Ernst Nobs in diesem Artikel heraufbeschwor, oder waren die Sozialdemokratische Partei und ihre Mitglieder eben doch ein Kind dieser schweizerischen Gesellschaft, welche trotz aller ihrer Mängel nie mit einem zaristischen System oder einem Deutschland unter Kaiser Wilhelm vergleichbar waren? Und die Führer der Sozialdemokratischen Partei, das Oltener Aktionskomitee, einfach Pragmatiker, Realisten, welche diese

schweizerische Demokratie für schrittweise verbesserungsfähig hielten? Wir finden in der Geschichtsschreibung beide Thesen. Ich neige allerdings dahin, die letztere als wahrscheinlicher zu halten. In der Schweiz herrschte im Jahre 1918 zwar eine ungeheure Aufbruchstimmung; die Bereitschaft, bis zum Letzten zu gehen, dürfte aber bei viel zu wenig Leuten vorhanden gewesen sein. Verantwortlich dafür war wohl nicht zuletzt jener Umstand, welcher bereits im Jahre 1893 die Delegation der Sozialdemokratischen Partei am internationalen Arbeiterkongress in Zürich 1893 veranlasste, die besonderen Schwierigkeiten für den Aufbau einer proletarischen Bewegung in der schweizerischen Demokratie zu sehen. Diese schärfte nicht das Klassenbewusstsein, sondern lähme es oder schwäche es ab. Sie verhülle die sozialen Gegensätze, ohne sie zu beseitigen. Oft begegneten sich der von einem Klasseninteresse geleitete Proletarier und der von seinen ihm anerzogenen demokratischen Ideen geleitete Bourgeois auf demselben Weg. Sie hätten eine Reihe gemeinsamer Zielpunkte, und deshalb unterlägen beide gerne dem Irrtum, dass ihre Waffenbruderschaft von Dauer sein könne und eine dauernde Verständigung nur von ihrem guten Willen abhängen. Es sei aber selbstverständlich, dass es das Proletariat sei, welches schliesslich die Kosten dieses Irrtums zu bezahlen habe.

Ich muss die folgenden Jahre im Schnellzugtempo Revue passieren lassen, um nicht in jenen Fehler zu verfallen, dessen Opfer so mancher Lehrer ist, der in seinem Geschichtsunterricht nie bei der Jetzt-Zeit anlangt. Die Niederlage der Sozialdemokraten und Gewerkschaften im Generalstreik, so jedenfalls wurde sie von vielen

Zeitgenossen empfunden, führte bis zum Jahre 1927 zu einem stetigen Rückgang der Mitgliederzahlen. Waren es im Jahre 1920 noch 53 000 Mitglieder, war im Jahre 1927 mit 36 000 Mitgliedern der Tiefpunkt erreicht. Die Sozialdemokratische Partei war in einen Abwehrkampf gegen die sich nun gestärkt fühlende Reaktion verwickelt. Ausserdem war sie noch geschwächt durch die Abspaltung der kommunistischen Partei. Diese beschränkte sich nicht darauf, eine eigene leninistische und an der 3. Internationale orientierte Politik zu machen, nein, im Rahmen der Sozialfaschismus-These war die SP Hauptangriffsziel des Kampfs der kommunistischen Partei der Schweiz. Die 20er Jahre waren für die SP allerdings durchaus nicht nur erfolglos. So wurde 1925 die Verfassungsgrundlage für eine Alters- und Hinterlassenenversicherung angenommen. 1929 kandidierte die Sozialdemokratische Partei zum ersten Mal für den Bundesrat. Ausserdem vermochte sie, trotz Rückgangs der Parteimitglieder, die 41 Nationalratssitze des Jahres 1919 auf 50 im Jahre 1928 auszubauen.

Die relative politische Erstar-
kung der Sozialdemokratie,
aber auch die Vertragspolitik
der Gewerkschaften, machten
die Arbeiterbewegung lang-
sam, aber unübersehbar zu ei-
nem immer wichtigeren politi-
schen Faktor in der Schweiz.
Diese Entwicklung, welche
durchaus auch eine Annähe-
rung der klassenkämpferischen
Sozialdemokratie an den bür-
gerlichen Staat war, gipfelte
mitten in der Wirtschaftskrise
der 30er Jahre auf gewerk-
schaftlicher Seite im sogenann-
ten Friedensabkommen, auf
politischer Ebene, zusätzlich
unter dem Druck des aufkom-
menden Nationalsozialismus
und der äusseren Bedrohung,

in der Zustimmung der Natio-
nalsratsfraktion zu den Militär-
ausgaben des Bundes. Die Lan-
desausstellung 1939, die Landi,
wurde so zu einem Symbol der
nationalen und sozialen Ver-
söhnung. Wie schon erwähnt,
wurde dann 1943 der «Revolu-
tionär» Nobs erster sozialde-
mokratischer Bundesrat der
Schweiz, und mit dem Wirt-
schaftsprogramm «Neue
Schweiz» unterbreitete die SPS
eine vielbeachtete Wirtschafts-
konzeption.

1945: Aufbruch und Ernüchterung

Am Ende des Krieges machte
sich die senkrechte antifaschi-
stische Haltung der Sozialde-
mokratie während der 30er-
und 40er Jahre und die nach
dem Krieg durchaus wohlwol-
lende Stimmung gegenüber der
Sowjetunion auch im schweize-
rischen Kleinbürgertum be-
zahlt. Das Arbeiterkartell Em-
menbrücke, in dem zu dieser
Zeit sowohl Sozialdemokraten
wie Gewerkschafter zusam-
mengefasst waren, feierte das
freudige Ereignis des Kriegsen-
des am 1. Mai 1945 so: «In die-
sen Tagen und Stunden beginnt
die Welt wieder freier zu at-
men, da sie die faschistische
Seuche überwunden hat. Die
politische Diktatur des Fa-
schismus ist dem Giftboden
des Kapitalismus entsprungen.
In der Wirtschaft aller Länder,
mit Ausnahme Sowjetruss-
lands, herrscht heute noch die
faschistische Diktatur. Wenn
sich die Arbeiterschaft mit der
Erringung formal politischer
Rechte begnügt und das Sys-
tem der Sklaverei und Aus-
beutung in der Wirtschaft wei-
terbestehen lässt, wird sie nie-
mals wahre Freiheit erringen.»
Der 1. Mai 1945 war denn auch
ein seit 10 Jahren nicht mehr
dagewesener Erfolg. Die
Transparente waren beschriftet
mit «Zeitwende», «Wirt-

schaftsdemokratie», «Für eine
neue Schweiz». Fast etwas naiv
glaubte ein grosser Teil der Ar-
beiterbewegung, der morali-
sche Bonus, den sie durch kon-
sequente Bekämpfung des Fa-
schismus während der verflo-
senen Jahre aufgehäuft habe,
zwingt das Bürgertum, alte ge-
werkschaftliche und sozialisti-
sche Forderungen jetzt zu er-
füllen. Zwar wurde im Jahre
1947 noch die AHV verwirk-
licht, ein Sozialwerk, auf das
die Sozialdemokratie heute
noch zu Recht stolz sein kann;
die Früchte des politischen
Aufschwungs wurden aller-
dings durch die politische Ab-
spaltung der PdA von der So-
zialdemokratischen Partei und
durch den kalten Krieg und die
willkommene Ausschlachtung
der stalinistischen Greuelthaten
durch das Bürgertum wieder
zunichte gemacht.

Die Wurzeln der heutigen Niederlage

Die Aufbruchstimmung wich
einer Ernüchterung; der kurz
aufgeflackerte Radikalismus
verschwand, und man knüpfte
politisch dort an, wo man 1939
angelangt war. Man diskutierte
nicht mehr die Überwindung
der bestehenden Ordnung, son-
dern deren Verbesserungsmög-
lichkeiten. An die Stelle von
Alternativen traten immer
mehr sozialreformerische Vor-
stellungen, die mittels einer
pragmatischen Politik des
Möglichen und Machbaren
verwirklicht werden sollten. Im
Programm der SPS von 1959
fand diese gewandelte Einstel-
lung zum bürgerlichen Staat
und zum Kapitalismus ihren
Niederschlag. Im Verlaufe der
60er Jahre hatte niemand zu
zweifeln, ob man sich damit
auf den richtigen Weg begeben
habe. Eingepackt in die Kon-
kordanzdemokratie und die
Zauberformel, mit unterschied-
licher Ausgestaltung von Kan-

ton zu Kanton, eilten Gewerkschaften und Sozialdemokratie im Bereich der Sozialpolitik von Sieg zu Sieg.

Von Pyrrhussieg zu Pyrrhussieg ist man aus organisationspolitischer Sicht geneigt zu sagen. Unter dieser Decke des Erfolgs gediehen die Wurzeln jener Niederlagen, die wir heute einkassieren. Die grosse Zahl von Fremdarbeitern waren bis zu der ersten Schwarzenbach-Initiative kaum ein Thema der Sozialdemokraten.

Die politischen Bewegungen der 68er Jahre trafen die SP fast unvorbereitet und führten dazu, dass für viele sogenannte neue Linke die SP kein adäquates Gefäss zur Verwirklichung ihrer politischen Ideen zu sein schien. Erneut wurde die Linke gespalten, Revolutionäre Marxistische Liga (RML) – heute SAP – und POCH entstanden und zogen viele potente politische Kräfte mehr an als die saturierte und bequem gewordene Arbeiterbewegung. Diese neuen Organisationen besetzten mit Erfolg Themen, welche das ureigenste Feld der Sozialdemokratie gewesen wären: Umweltfragen, Energiefragen, Verkehrsfragen, Dritte-Welt-Politik.

Die Umorientierung ist nicht abgeschlossen

Die Umorientierung, die von der Sozialdemokratischen Partei verlangt wurde, eine Umorientierung, die heute noch nicht abgeschlossen ist, ist mit vielen Bildern beschrieben worden, etwa demjenigen vom Tanker, der schwerfällig seine Fahrtrichtung ändern müsse (Glotz), oder vom fahrenden Zug, an dem die Räder ausgewechselt werden müssten (Strahm). Mir kommt es manchmal vor – und ich erhebe keinen Anspruch, dass man diesem Bild folgen kann –, dass wir von Sprintern in einem Ve-

lorennen vorübergehend abgehängt wurden und nun mühsam das Hauptfeld wieder an die Spitze heranzuführen müssen, an die Spitze, die sich abgesetzt hat. Ich bin überzeugt, dass die Trümpfe – wie bei einem Velorennen – beim Feld liegen. Voraussetzung ist aber, dass sich die Aktivisten in diesem Feld, unabhängig von ihren Eigeninteressen, zu einer Gemeinschaft zusammenfinden und das Marschtempo zur Erreichung neuer Ziele bestimmen.

Als weitere zentrale Voraussetzung für die Rückgewinnung von politischer Glaubwürdigkeit und politischem Gewicht betrachte ich die Wiederherstellung der Referendumsfähigkeit der Arbeiterbewegung. Diese ist unabhängig von unserer parlamentarischen Stärke, orientiert sich an der Auseinandersetzung um wichtige politische Sachfragen, zwingt zur sachpolitischen Innovation und verhindert, dass wir von vier Jahren zu vier Jahren auf die vom Himmel geschickte Segnung eines besseren Wahlergebnisses hoffen.

Der Umgang mit der Macht

Zum Schluss will ich noch aus einem Text von Adolf Muschg, dem Schriftsteller, Genossen und Mitstreiter, zitieren, der in einem SPS-Dossier «Wandlungen» veröffentlicht wurde. Er zeichnet in blendender Weise das Dilemma auf, in dem Sozialdemokraten immer standen und noch stehen: in einem bürgerlichen Staat um glanzlose Erfolge zu kämpfen und die positiven Wirkungen der eigenen Aktivitäten nur in ihrer historischen langfristigen Dimension sehen zu können. Eine Situation, die viele junge Menschen davon abhält, unserer Partei beizutreten, und dazu bewegt, alternativen Gruppierungen mehr Vertrauen zu schenken, welche kurzfristig in

der Lage, sind, das öffentliche Bewusstsein nachhaltig zu prägen. Adolf Muschg stellt in seinem Text einen Bezug her zum Jahre 1918, dem ich einen grösseren Teil meiner Ausführungen gewidmet habe, als verschiedene Genossinnen und Genossen versuchten, diesen Staat im Sturm zu verändern, und nach der Niederlage, aus der Defensive heraus, zu einem qualifizierten Angriff übergehen mussten, wie wir es auch heute tun sollten! Ich zitiere: «Dieser Angriff ist nicht mehr der Sturm von damals; er ist gehemmt durch Realitätssinn und politischen Sachverstand. Wir haben lernen müssen, mit dieser Hemmung zu leben und sie weder zu beschimpfen noch uns ihrer zu rühmen. Sie ist kein Verrat an unserer Sache; ebensowenig freilich ist sie eine realpolitische Tugend. Reibungsverluste sind Energiequellen, aber nur dann, wenn sie den Blick auf die Realitäten schärfen, die verändert werden sollen. Kompromisse sind vertretbar, solange sie sich den Tatsachen der anderen nicht nur beugen, sondern sie zugleich biegen helfen. Teilnahme an der staatlichen Macht ist notwendig, solange wir wissen, wozu wir wissen, wozu sie uns dienen soll: z. B. – und zwar für immer – zur Verhinderung von staatlicher Gewalt gegen streikende Arbeiter. Die Dialektik des politischen Alltags ist unscheinbarer, aber anspruchsvoller geworden. Sie verpflichtet uns zur Freundlichkeit gegen jede andere Überzeugung, die vielleicht nicht für uns, aber für unsere Sache gewonnen werden kann. Sie verpflichtet uns also auch zum Widerstand gegen revolutionäre Ungeduld, wo diese den Tod der Sache selbst bedeutet; auch an ihrem Heldentod kann uns nichts gelegen sein. Wir brauchen aber auch viel Phantasie, um jeden Tag zu prüfen, was unsere Sa-

che ist. Wir brauchen Grundsätze, um unsern Atem zu verlängern; wir brauchen Theorie,

um zu erfahren, was Praxis sein kann, und um unsern noch immer unsichern Umgang mit der

Macht zu verbessern; auch mit der eigenen Macht.»

Wenn der Normalverbraucher zum Sündenbock wird

Sozialdemokraten als Angstmacher

Von Alois Altenweger, Sektionspräsident Bern-Stadt

Wir haben die Wahlen 1987 verloren; absolut, an Sitzen und an Stimmen. Das grüne Engagement – so ehrlich es auch gemeint war – brachte bei einem Verlust an Nationalratssitzen nur eine Umlagerung der Interessen innerhalb der Bundeshausfraktion. Derweil man doch im Wahlkampf auf die – wie auch immer verstandene – Vernunft des Bürgers gesetzt hatte. Nun ist es mit dieser Vernunft so eine Sache; sie sollte einleuchten, ohne zugleich kränkend oder gar schmerzlich zu sein. Und da liegt wohl ein Kardinalfehler der SP-Wahlstrategen und -Wortführer: Das autofahrende, heizende und Elektrizität verbrauchende Volk sah sich durch den ironisierenden und intellektuell spöttelnden Ton der Wahlkampagne für dumm verkauft, für blöde gehalten.

Die SP manövrierte sich in die unbequeme Lage, vom gleichen Stimmbürger, den man zum Ökologiesünder stempelte, noch Stimme und Zustimmung zu verlangen. Bei genauerem Hinsehen ist festzustellen, dass die SP-Botschaft in noch viel tiefere Schichten der Psyche gesickert ist, als man sich dies überhaupt träumen liess: Die Sozialdemokraten haben offen und unterschwellig Angst verbreitet. Den SP-Szenarien der Zukunft haftet etwas Drohendes und Düsteres an. Die gewohnte Lebensweise, die um Besitzstand, Einkommen, Mobilität und

Konsum gruppiert ist, scheint durch diffuse grüne Parolen gefährdet zu sein; wobei es völlig nebensächlich ist, wie die entsprechenden Forderungen im einzelnen aussehen, denn das, was beim Bürger ankommt, wird nicht logisch, sondern psychologisch verarbeitet.

Und psychologisch gesehen, löst die deklamierte Politik der SP alle möglichen Ängste aus: Angst davor, dass der Wohlstandszug, in welchem ein erklecklicher Teil der Schweizer Bevölkerung sitzt oder zu sitzen vermeint, abrupt ins Bremsen kommt. Da ist ferner die Angst vor Veränderung, und das heisst, dass die an sich wünschenswerte Loslösung aus einer tiefwurzelnden Trägheit heraus auf massiven Widerstand stösst, denn der von der SP ausgehende Wille zur Wende holt die Leute nicht dort ab, wo sie jetzt und heute bewusst sitzen und stehen. Veränderung heisst Verlust an Sicherheit, heisst (für Männer) Verlust des Selbstverständnisses und für Frauen radikalen Bruch mit dem bisher gepflegten Dasein. Die SP will zwar pfeifend im dunklen Zukunftswald vorangehen, aber sie kann nicht glaubhaft Geborgenheit vermitteln.

Die Wirtschaftswelt scheint gefährdet

Die Wirtschaft, die Banken, die Chemie, der High-Tech und die traditionelle Industrie wer-

den bei Lichte besehen von der SP verdächtigt, dem Menschen aufgrund ihrer ökonomischen Funktionen böse zu wollen. Natürlich lässt sich in diesem Zusammenhang viel über unfähige Unternehmer, fahrlässige Geschäftsleitungen, Spekulanten und dergleichen Profiteure sagen. Auch das Fehlen von Unternehmensverfassungen und Mitbestimmungsrecht lässt sich beklagen. Dass aber so und soviel Menschen in diesen Wirtschaftszweigen ihr Auskommen und nicht selten eine befriedigende Arbeit finden, wird völlig ausgeblendet. Man müsste sich darüber im klaren werden, dass diese Arbeitnehmer auch eine gewisse Identifikation entwickeln, die sie sich nicht bei jeder Gelegenheit vermiesen lassen wollen. Das sind halb unbewusste Bindungen, die im Säurebad oppositioneller Angriffe von Leuten, die in der jeweiligen Branche nicht zuhause sind, nur noch stärker werden; der aufklärerische Effekt dürfte gleich Null sein, die Abwehr nur um so heftiger. Und nicht zuletzt taucht sofort die Angst auf, von der Existenzgrundlage wegmanipuliert zu werden – denn die SP schafft keine Arbeitsplätze. Die Konsequenz daraus ist, dass man lieber gleich SVP wählt, denn da passiert wenigstens nichts. Die wirtschaftskritische Haltung der SP wird von vielen Arbeitnehmern als Demontage dessen empfunden, das in ihren Augen unsere «Schweizer